

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Michael Kaufmann, Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/5645 –**

Nachrichtendienstliche Aktivitäten chinesischer Studenten und Gastwissenschaftler an deutschen Hochschulen

Vorbemerkung der Fragesteller

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) erklärt zum Phänomenbereich Wissenschaftsspionage: „Auch in der Wissenschaft ist dieser Trend zur ‚Non-Professionalisierung‘ von Spionage feststellbar“ und verweist hierzu explizit auf chinesische Gastwissenschaftler, die „gezielt mit Ausforschungs- und Beschaffungsaufträgen betraut“ werden (<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/wirtschafts-wissenschaftsschutz/chinas-neue-wege-der-spionage.html;jsessionid=6E845772412CACAB2139EF420B2DBCDF.intranet261#doc812070bodyText4>).

Hierzu äußerte ein „renommierter deutscher China-Forscher“ 2020 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ), „am stärksten gefährdet seien die Technikwissenschaften und die Ingenieursfakultäten“, die naiv seien, was den Wissensabfluss angeht. Und weiter: „die Pekinger Wissenschaftspolitik schicke gezielt ganze Teams von Nachwuchsforschern nach Deutschland. Das betreffe verschiedene Wissenschaftsbereiche von der technischen Grundlagenforschung über die Physik und Chemie bis zu den Materialwissenschaften und die Künstliche Intelligenz“. Im selben Beitrag betont „ein deutscher Wirtschaftswissenschaftler“, der mehrere Jahre in Peking gelehrt hatte, die „enge Verzahnung des militärisch-industriellen Komplexes mit der Wissenschaft in China“ und warnt ebenfalls „in Deutschland sind wir an vielen Stellen naiv“ (<https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/britische-universitaeten-einfluss-der-chinesischen-regierung-16650182.html?service=printPreview>).

Nach Angaben der Hochschulrektorenkonferenz gibt es derzeit fast 1 400 Kooperationen zwischen deutschen und chinesischen Hochschulen (<https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/leitfragen-zur-hochschulkooperation-mit-der-volksrepublik-china/>), insbesondere in den Natur- und Wirtschaftswissenschaften. Und das Jahresgutachten 2020 der Expertenkommission für Forschung und Innovation (EFI) nennt 42 700 Studenten und 2 900 Gastforscher aus China, die Stand 2020 an deutschen Hochschulen tätig waren. Auch die Gutachter der EFI bewegt „die Sorge, dass durch den einseitigen Abfluss von wissenschaftlichem und innovations- oder sicherheitsrelevantem Know-how sowie ungleiche Wettbewerbsbedingungen die wissenschaftliche und wirt-

schaftliche Leistungskraft Deutschlands geschwächt werden könnte“ (https://www.e-fi.de/fileadmin/Assets/Gutachten/EFI_Gutachten_2020.pdf, S. 56 ff.).

Auch sind deutsche Hochschulen, laut einem Bericht von CORRECTIV vom 21. Juli 2022, der sich auf den Verfassungsschutz beruft, ein leichtes Ziel für chinesische Hackergruppen und „oft bemerkenswert sorglos“. So kooperieren oder kooperierten mindestens 47 deutsche Hochschulen mit einer oder mehreren von sechs chinesischen Universitäten, die laut eines Berichts des US-amerikanischen Center for Security and Emerging Technology (CSET) mutmaßlich staatlich gelenkten Hackergruppen nahestehen (<https://correctiv.org/aktuelles/wirtschaft/2022/07/21/offene-tueren-fuer-cyberangriffe-deutsche-hochschulen-forschen-mit-chinesischen-hacker-fabriken/>).

Ohne chinesische Gastwissenschaftler und Studenten damit unter Generalverdacht stellen zu wollen, zeigt sich nach Auffassung der Fragesteller in der Verbindung dieser Informationen zum einen das enorme Risikopotenzial für den vertragswidrigen und einseitigen Abfluss von Know-how und Forschungsergebnissen, vulgo Wissenschaftsspionage. Zum anderen erscheint es den Fragestellern plausibel, davon auszugehen, dass einzelne dieser Hacking- und Spionageaktivitäten an Hochschulen bereits erfolgreich gewesen sind oder in Zukunft erfolgreich sein werden.

So haben in anderen Ländern der westlichen Welt die Spionageaktivitäten Chinas im Bereich von Forschung und Wissenschaft inzwischen zu deutlichen Reaktionen geführt. Alle Universitäten in Schweden und viele Hochschulen in den Niederlanden und der Schweiz haben die Zusammenarbeit mit den Konfuzius-Instituten eingestellt. In den USA wurden gut 85 Prozent der Institute geschlossen (<https://www.spiegel.de/panorama/bildung/chinas-einfluss-auf-deutsche-universitaeten-der-lange-arm-pekings-a-f6567e46-508f-4d64-a830-3816296dad79>).

Dieser nicht zu unterschätzenden Gefahr für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland muss nach Auffassung der Fragesteller mit wirksamen Gegenmaßnahmen begegnet werden.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung schützt die grundgesetzlich verankerte Freiheit von Wissenschaft und Forschung (Artikel 5 des Grundgesetzes) als ein hohes Gut unserer Demokratie. Wissenschaft und Forschung profitieren auch und im Besonderen von Austausch und internationaler Kooperation.

Ebenfalls liegt es im Interesse des Staatswohls, dass solche Kooperationen nicht zu Zwecken von Spionage oder einseitigem Know-how-Abfluss bis gar zu proliferationsrelevanten Vorgängen genutzt werden, da dies den Interessen der Bundesrepublik zuwiderlaufen würde. Dieser Gefahr tritt die Bundesregierung mit zahlreichen Maßnahmen entgegen. Diese erstrecken sich von Prüfungen im Visumverfahren bis zu aufwändigen Strukturen und Prüfmechanismen bei den Hochschulen selbst, um den Zugang zu sensiblen Bereichen der Forschung zu kontrollieren. Auch geht die Bundesregierung Hinweisen auf möglicherweise nachrichtendienstlich gesteuerten Wissensabfluss in Wissenschaft und Forschung in Einzelfällen nach.

Einen wesentlichen Beitrag zum umfassenden Aufbau von unabhängiger China-Kompetenz im Wissenschaftssystem in Deutschland leistet eine von Seiten der Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und in enger Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt (AA) gesteuerte Initiative zur Flankierung der Akteure des deutschen Wissenschaftssystems im Kontext ihrer Kooperation mit China (<https://www.bmbf.de/bmbf/de/europa-und-die-welt/vernetzung-weltweit/asiatisch-pazifischer-raum/china/china.html>).

Die Bundesregierung sensibilisiert zu zahlreichen Themen der Wissenschaftskooperation mit China und gibt evidenzbasierte Hilfestellungen. Angesprochen werden dabei die Länder, die Allianz der Wissenschaftsorganisationen sowie die Hochschullandschaft. Ziel ist es, Veränderungsprozesse hin zu einem bewussteren und besser informierten Handeln der Akteure anzustoßen. Im Einzelnen bedeutet dies, dass mit Hilfe der Initiative eine fundierte und aktuelle Wissensbasis geschaffen wird. Zudem soll eine bessere Vernetzung unter den Akteuren aus der Wissenschaft- und Hochschullandschaft dazu beitragen, Synergien zu schaffen, sich gegenseitig zu informieren und zu sensibilisieren sowie Best Practices bzw. Lösungswege zu teilen.

Auf die im Grundgesetz verankerte Zuständigkeit der Länder für Bildung (Artikel 70 in Verbindung mit Artikel 73 des Grundgesetzes) wird hingewiesen.

1. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Fragesteller, dass chinesische Gastwissenschaftler und Studenten aus China in nicht unbeträchtlicher Zahl für nachrichtendienstliche Tätigkeiten im Zusammenhang mit Wissenschaft und Forschung in Deutschland eingesetzt werden, und wenn ja,
 - a) teilt die Bundesregierung ferner die Einschätzung der Fragesteller, dass es sich hierbei um einen ernsten und potenziell folgenschweren Angriff auf den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland handelt,
 - b) teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Fragesteller, dass derartigen Spionageversuchen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln begegnet werden muss und diese Tätigkeiten wirksam unterbunden werden müssen?

Der Bundesregierung liegen aktuell keine Erkenntnisse zu polizeilich belegbaren nachrichtendienstlichen Aktivitäten chinesischer Gastwissenschaftler und Studenten im Zusammenhang mit Wissenschaft und Forschung vor.

Unabhängig davon stehen die deutschen Sicherheitsbehörden in einem kontinuierlichen Austausch und arbeiten auf Grundlage der bestehenden rechtlichen Grundlagen eng miteinander zusammen, um Aktivitäten fremder Nachrichtendienste in Deutschland frühzeitig zu erkennen und wirksam zu unterbinden.

Bezüglich der in der Fragestellung 1a und 1b (sowie Frage 8) erbetenen Informationen ist die Bundesregierung nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, dass die Fragen nicht vollständig offen beantwortet werden können, sondern einer teilweisen Einstufung bedürfen.

Dies ist erforderlich, da eine Offenlegung des Kenntnisstandes der Spionageabwehr, insbesondere zu chinesischen Nachrichtendiensten, Rückschlüsse auf die hiesige Erkenntnislage über nachrichtendienstliche chinesische Aktivitäten im Bereich Wissenschaft und Forschung ermöglichen. Hierdurch würde die weitere Aufklärung nachrichtendienstlicher Aktivitäten der AND durch die Spionageabwehr erheblich erschwert werden. Dies könnte einen Nachteil für die wirksame Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden und damit für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland bedeuten.

Eine Preisgabe dieser sensiblen Informationen würde sich auf die staatliche Aufgabenwahrnehmung und die nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung außerordentlich nachteilig auswirken.

Eine Gefährdung des Staatswohls wäre mithin zu befürchten. Die erbetenen Informationen berühren derart schutzbedürftige Geheimhaltungsinteressen, dass das Staatswohl gegenüber dem parlamentarischen Informationsrecht überwiegt.

Der als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestufte Antwortteil wird als gesonderte Anlage übermittelt.*

2. Wie viele Lehrkräfte mit bekannter Beziehung zu staatlichen Einrichtungen in China lehren und/oder forschen nach Kenntnis der Bundesregierung an deutschen Hochschulen insgesamt?

Wie viele davon lehren nach Kenntnis der Bundesregierung in Fachbereichen, deren Forschungsgegenstand wirtschaftlich oder sicherheitspolitisch bedeutsam ist (bitte nach den beiden Bereichen aufgliedern)?

Die Zuständigkeit für Lehrkräfte an deutschen Hochschulen liegt gemäß der föderalen Kompetenzordnung der Bundesrepublik Deutschland bei den Ländern bzw. in der Verantwortung der Hochschulen. Die Bundesregierung verfügt nicht über eine Auflistung aller ausländischen Lehrkräfte.

3. Wie viele Studenten mit chinesischer Staatsangehörigkeit studieren nach Kenntnis der Bundesregierung an deutschen Hochschulen in Fachbereichen, deren Forschungsgegenstand wirtschaftlich oder sicherheitspolitisch bedeutsam ist (bitte nach den beiden Bereichen aufgliedern)?

Nach Informationen des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 11 Reihe 4.1, einsehbar unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/Downloads-Hochschulen/studierende-hochschulen-endg-2110410227004.html>) studierten im Sommersemester 2022 an deutschen Hochschulen 41 523 Studierende aus China, darunter 38 141 Bildungsausländer. Nach Fachbereichen aufgegliederte Daten liegen der Bundesregierung nicht vor.

4. Welche konkreten Maßnahmen und Hilfestellungen sind mit der „Initiative zur Flankierung der Akteure des deutschen Wissenschaftssystems im Kontext ihrer Kooperation mit China“ (Vorbemerkung der Bundesregierung in der Antwort auf Bundestagsdrucksache 20/1465) verbunden, die
 - a) den wirksamen Schutz gegen Wissenschaftsspionage an deutschen Hochschulen nachweislich verbessert haben,
 - b) erwiesenermaßen bereits dazu beigetragen haben, nachrichtendienstliche Angriffe auf wissenschaftliches Know-how und Forschungsergebnisse abzuwehren?

Die Bundesregierung sensibilisiert zu zahlreichen Themen der Wissenschaftskooperation mit China. Hierzu zählt auch der Themenbereich der Wissenschaftsspionage oder der Sicherheitsarchitektur an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Damit werden die einzelnen Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen in die Lage versetzt, kritische Bewerbungen, Kooperationsanträge und Austauschprogramme zu erkennen und können sich in Zweifelsfällen Beratung und Unterstützung durch die Bundesregierung sichern.

* Das Bundesministerium des Innern und für Heimat hat die Antwort als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

5. Hat die Bundesregierung darüber hinaus bereits Maßnahmen ergriffen bzw. plant sie, in naher Zukunft solche zu ergreifen, um Hochschulen
 - a) für die Problematik der Wissenschaftsspionage generell zu sensibilisieren,
 - b) für die akute Gefahr der Wissenschaftsspionage durch chinesische Studenten oder Gastwissenschaftler zu sensibilisieren,
 - c) bei der Abwehr derartiger Spionageaktivitäten aktiv zu unterstützen, und welche sind dies gegebenenfalls?

Das BMBF hat im Rahmen des nationalen Sicherheitsforschungsprogramms das Projekt „Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung in Deutschland und Europa“ (WISKOS) gefördert.

Für die Wissenschaftsorganisationen im Allgemeinen wurden folgende Ergebnisse entwickelt: Handlungsleitfaden „Risiken für den deutschen Forschungsstandort“ zu Informations- und Schulungszwecken für Multiplikatoren, Faltblatt „Wissenschaftsspionage. Schützen Sie Ihre Forschungsdaten!“ und ein Warnhinweisfenster „Wissenschaftsspionage“ (nur elektronisch verfügbar) zur Verwendung als Start- oder Sperrbildschirm, Bildschirmhintergrund oder Pop-up-Fenster im Netzwerk der Organisation.

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) informiert und sensibilisiert Hochschulvertreterinnen und Hochschulvertreter im Rahmen der aus Bundesmitteln geförderten Aktivitäten des Kompetenzzentrums Internationale Wissenschaftskooperation (KIWi) unter anderem über das Risiko ungewollten Wissensabflusses und die Gefahren von Dual-Use in internationalen Wissenschaftskooperationen.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hat im Dezember 2022 die zweite Auflage seines Handbuchs „Exportkontrolle und Academia“ veröffentlicht, das Wissenschaftsorganisationen Hinweise zum Umgang mit den Vorschriften der Exportkontrolle im Hinblick auf immateriellen Technologietransfer gibt.

Das BfV führt im Bereich Prävention in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags Sensibilisierungsmaßnahmen in der Zielgruppe Wissenschaft und Forschung durch. Hierzu gehört auch der Austausch mit Vertretern von Hochschulen und hochschulnahen Forschungseinrichtungen. Dieser findet teils fallbezogen, teils in einem allgemeinen Rahmen statt und beinhaltet auch insbesondere die Sensibilisierung gegenüber chinesischer Wissenschaftsspionage. Die Sensibilisierungsmaßnahmen werden bspw. im Rahmen von Einzelgesprächen, Vorträgen aber auch mittels Informationsprodukten durchgeführt. Zielgruppenspezifische Informationsblätter wie „Spionage in Wissenschaft und Forschung“ sowie Informationsblätter zur allgemeinen Gefährdungslage, etwa „Dienstreisen nach China“ oder „Methoden der Spionage: HUMINT“ ermöglichen eine eigenverantwortliche Sensibilisierung von Bedarfsträgern. Ebenso ist chinesische Spionage in Wirtschaft und Wissenschaft ein wiederkehrendes Thema des jährlich erscheinenden Magazins „SPOC-Wirtschaft und Wissenschaft schützen“ des BfV. In der Fläche werden darüber hinaus solche Sensibilisierungsmaßnahmen ebenso durch die Landesbehörden für Verfassungsschutz durchgeführt, deren Zugang zu den in den jeweiligen Ländern ansässigen Hochschulen unterschiedlich ist.

Das BfV steht auch gemeinsam mit den Landesbehörden für Verfassungsschutz als vertrauensvoller Ansprechpartner mit Blick auf mögliche Wissenschaftsspionage zur Verfügung und bietet neben präventiven Maßnahmen auch Informationen zur Detektion von konkreten Spionageangriffen auf Hochschulen. Wenn Hochschulen oder Forschungsinstitute Verdachtsmomente zu möglichen kon-

kreten Spionageaktivitäten vorliegen, geht das BfV diesen Hinweisen im Rahmen seiner Zuständigkeiten nach.

6. Gibt es Forschungsbereiche, die von der Bundesregierung als derart sensibel und volkswirtschaftlich bzw. sicherheitspolitisch bedeutend angesehen werden, dass sie in diesen Bereichen eine Kooperation mit chinesischen Wissenschaftlern, Studenten und/oder Forschungseinrichtungen als nicht im Interesse des deutschen Volkes betrachtet und dementsprechende Empfehlungen an die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen herausgegeben hat, und wenn ja, welche sind das?
7. Gibt es darüber hinaus Forschungsbereiche, für die die Bundesregierung die Notwendigkeit erkennt oder prüft, in naher Zukunft in Absprache mit den Ländern Kooperationen mit chinesischen Wissenschaftlern auf gesetzlicher Grundlage auszuschließen, und wenn ja, welche sind das, und wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 6 und 7 werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung zieht bei der Förderung in sensiblen Bereichen klare Grenzen, so etwa bei Kooperationen mit besonderen Dual-Use-Risiken, die z. B. den chinesischen Militärbereich stärken oder zu Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden könnten. Deshalb sagen die Ressorts nach Prüfung im jeweiligen Einzelfall gegenüber China Themen und Kooperationen ab, die sie für nicht vertretbar halten.

Für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen und jede einzelne Wissenschaftlerin bzw. jeden einzelnen Wissenschaftler gilt zudem: Mit der grundgesetzlich garantierten Freiheit von Wissenschaft und Lehre geht eine besondere Eigenverantwortung der Wissenschaftsorganisationen und Forschenden einher. Dies betrifft auch die internationale Kooperation und ganz besonders die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zur Exportkontrolle.

Das in der Antwort zu Frage 5 genannte Handbuch des BAFA nennt spezifische Bereiche, in denen besondere Sorgfalt geboten ist. Das BMBF unterstützt Wissenschaft, Hochschulen und Länder bei der Ausgestaltung ihrer Kooperation mit China und sensibilisiert. Zusätzlich wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 33b der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksache 20/4441 verwiesen.

8. Wie viele Fälle von durch die chinesische Regierung veranlasster Wissenschaftsspionage konnten in den vergangenen zehn Jahren aufgedeckt werden, und in wie vielen Fällen führte dies zu strafrechtlicher Verfolgung und/oder Ausweisung der nachrichtendienstlich tätigen Wissenschaftler bzw. Studenten?

Im angefragten Zeitraum wurden keine Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts durch die chinesische Regierung veranlasster Wissenschaftsspionage durchgeführt.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

9. Hat die Bundesregierung diplomatische Initiativen ergriffen, um Einfluss auf die chinesische Regierung zu nehmen, derartige nachrichtendienstliche Aktivitäten im Bereich der Forschung zu unterlassen, und wenn ja, welche sind dies?

Die Bundesregierung spricht die schwierigen Rahmenbedingungen in der Forschungszusammenarbeit regelmäßig in hochrangigen Gesprächen mit chinesischen Partnern an.

